

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumü

Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg



Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin

☎ 030 – 623 26 24

📠 030 – 6130 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

<http://www.tbb-berlin.de>

Berlin, im März 2007

27.02.2005 - 03.03.2007
BERICHT DES
VORSTANDES



Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin
☎ 030 – 623 26 24
📠 030 – 6130 43 10
e-mail: info@tbb-berlin.de
<http://www.tbb-berlin.de>
Berlin, im März 2007

27.02.2005 - 03.03.2007

BERICHT DES

VORSTANDES

Wir, Menschen türkischer Herkunft, sind uns bewusst, dass wir uns in Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und hier längerfristig leben werden. Obwohl wir seit langen Jahren hier leben, Deutschland eine multikulturelle Gesellschaft geworden ist, haben wir keine Bürgerrechte. Die Vereinigung beider deutscher Staaten, die steigende Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, die bevorstehende politische Union Europas sind Faktoren, die uns zusammenbringen. Mit dieser Vereinigung wollen wir auf rechtlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene unsere Minderheitenrechte einklagen. (Artikel 1 der TBB-Satzung)

0. Presseerklärungen

2005

04. März: Stellungnahme der türkischen Verbände: Bewirkt der CDU/CSU-Antrag wirklich die Versöhnung zwischen Türken und Armeniern?
10. März: Stellungnahme des Frauenforums

2006

23. Januar: Muttersprachen-Verbot
05. Mai: Einbürgerungen in Deutschland
20. Mai: Rassistischer Überfall: Carsten Heye hat Recht
09. Juli: Seyran Ates: Es gibt keine Rechtfertigung für Bedrohung und Gewalt
18. September: Wahlen in Berlin
21. September: Die Wut
07. November: Neue Senatsverwaltung
21. November: TBB dankt Klaus Böger

2007

24. Januar: Aufruf zur Kundgebung vor dem Bundesinnenministerium gegen Verschärfungen im Ausländerrecht

I. Einleitung und allgemeine Bewertung

Am 25.02.2005 fand im BVV - Saal des Bezirksamtes Mitte die ordentliche Delegiertenvollversammlung des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg statt. Der hier gewählte Vorstand beschloss auf seiner konstituierenden Sitzung am 18.03.2005 folgende

Aufgabenverteilung:

- Eren Ünsal (Sprecherin)
- Cumali Kangal (Sprecher)
- Safer Çınar (Sprecher)
- Berrin Albek (Kassenwartin)
- Hilmi Kaya Turan (Beisitzer)
- Ayşe Demir (Beisitzerin)
- Sonay Ataç (Beisitzerin)

Für Berrin Albek, die wegen eines Arbeitsplatzwechsels den Vorstand verließ, rückte Ferda Sönmez nach, der auch die Aufgabe des Kassenwartes übernahm.

Neben der satzungsmäßigen Aufgabenteilung wurden für alle Vorstandsmitglieder **Zuständigkeitsbereiche** festgelegt.

Politikfelder	1. Verantwortung	2. Verantwortung	Weitere
Migration	Eren Ünsal	Cumali Kangal	Sonay Ataç
Uyum	Eren Ünsal	Sonay Ataç	Ayşe Demir
Rassismus / Fremdenfeindlichkeit/ Diversity	Eren Ünsal	Ferda Sönmez	
Aufenthaltsgesetz / ARB 1-80	Hilmi Kaya Turan	Ferda Sönmez	
Staatsangehörigkeitsgesetz	Cumali Kangal	Hilmi Kaya Turan	Eren Ünsal
Arbeitsmarkt	Hilmi Kaya Turan	Cumali Kangal	Ferda Sönmez
Bildung	Safer Çınar	Sonay Ataç	Ferda Sönmez
Islam	Safer Çınar	Eren Ünsal	
Medien	Eren Ünsal	Berrin Albek	
Umwelt	Eren Ünsal	Ayşe Demir	
Sport	Cumali Kangal	Ferda	
Frauen	Eren Ünsal	Berrin Albek	Ayşe Demir, Sonay Ataç,
Senior/innen	Ayşe Demir	Hilmi Kaya Turan	
Gesundheit	Ayşe Demir	Sonay Ataç	
Gleichgeschlechtlichkeit	Cumali Kangal	Eren Ünsal	
Europäische Union	Safer Çınar	Berrin Albek	
Kultur	Berrin Albek	Ayşe Demir	

Projekt	1. Verantwortung	2. Verantwortung	Weitere
Beratungsprojekt	Safer Çınar	Berrin Albek	
ADNB	Eren Ünsal	Ferda Sönmez	
MOVE	Cumali Kangal	Safer Çınar	
Equal Beratung	Hilmi Kaya Turan	Ayşe Demir	
Who is who	Eren Ünsal	Ferda Sönmez	
AU Projekt	Eren Ünsal	Berrin Albek	
Integration im Kiez / QM	Eren Ünsal	Safer Çınar	
Bildungswerk	Eren Ünsal	Berrin Albek	
Trainingsmassnahmen	Hilmi Kaya Turan	Berrin Albek	
Integrationskurse	Eren Ünsal	Sonay Ataç	Ayşe Demir
Existenzgründung	Berrin Albek	Hilmi Kaya Turan	
gGmbH	Hilmi Kaya Turan	Safer Çınar	

Sonstige Aufgaben	1. Verantwortung	2. Verantwortung	Weitere
Kontakte zu Mitgliedsvereine			
Bündnis gegen Gewalt	Eren Ünsal	Ferda Sönmez	
Vertretung bei der TGD	Hilmi Kaya Turan	Sonay Ataç	Vertretung bei der TGD
Geschäftsstelle	Safer Çınar	Eren Ünsal	
Beschäftigte	Safer Çınar	Cumali Kangal	

Für Berrin Albek, die wegen eines Arbeitsplatzwechsels den Vorstand verließ, rückte Ferda Sönmez nach, der auch die Aufgabe des Kassenswartes übernahm.

1. Allgemeine Entwicklung

Der 1. Dezember 2006 war das 16. Gründungsjubiläum des TBB. Dieser Tag wurde am 6. Februar 2007 in der Werkstatt der Kulturen mit zahlreichen Gästen aus dem öffentlichen Leben der Stadt

begangen. Gastredner/innen waren die Bürgermeisterin und Senatorin Für Stadtentwicklung, Frau Ingeborg Junge-Reyer und der Konsul der Republik Türkei, Herr Bleda Kacar.

Anlässlich dieser Feier wurden für ihr langjähriges Engagement im Migrations- und Integrationsbereich ausgezeichnet:

- Almut Berger (ehemalige Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg)
- Rıza Baran (ehemaliges Mitglied des Abgeordnetenhauses)
- Eckhardt Barthel (ehemaliges Mitglied des Abgeordnetenhauses und des Bundestages)
- Thuy Nonnemann (Mitbegründerin des Vietnam-Hauses).

Der Berichtszeitraum war für den TBB neben anderem geprägt

- gesellschaftspolitisch durch die Diskussion um Antidiskriminierungsgesetz, die Diskussionen um Zwangsheirat und Ehrenmorde, das Muttersprachenverbot in Bildungseinrichtungen,
- organisatorisch durch die Projektarbeit, deren Erfolge große Anerkennung gefunden und zur weiteren Etablierung des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg, als Vertreter der türkischstämmigen Berlinerinnen und Berliner, beigetragen hat.
- in Berlin durch verschiedene Initiativen des SPD-PDS-Senats zur Integrationspolitik.

Der TBB führte auch im Berichtszeitraum diverse Projekte durch. der Schwerpunkt der Projekte lag bei der Qualifizierung für den Arbeitsmarkt für Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund. Ein weiteres wichtiges Projekt war und ist das Antidiskriminierungsnetzwerk.

Sowohl die Zuwendungsgeber als auch die Öffentlichkeit fand mehrfach lobende Worte über die Projekte, so dass zu Recht von einer erfolgreichen Arbeit gesprochen werden kann.

2. Einwanderungs- und Integrationspolitik

Der Türkische Bund fordert seit seiner Gründung (1991) eine Neukonzeption der Integrationspolitik, die die Aufgaben sowohl der aufnehmenden Gesellschaft als auch der nach Deutschland zuziehenden Menschen neu definiert. Kernpunkt der neuen Integrationskonzeption sollten integrationsfördernde Maßnahmen nach der Einreise sein. Hierzu gehören eine gezielte, strukturierte Einführung in die bundesdeutsche Gesellschaft, die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit zu bestreiten sowie die Aufenthaltssicherheit und Gleichstellung. Wesentliche Grundlage für alle Integrationsmaßnahmen sollen Integrationskurse für zugewanderte Ehegatten und Asylberechtigte sein. Sie legen den Grundstein für eine optimale Integration. Die Integrationskurse erleichtern den Neuankömmlingen durch gezielte Schulung und Vorbereitung die Öffnung gegenüber der deutschen Gesellschaft.

Durch die Einberufung und Institutionalisierung eines „Integrationsgipfels“ und eines „Islam-Gipfels“ durch die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung hat nach 45 Jahren eine strukturelle Zusammenarbeit mit den Migrantorganisationen begonnen, was sehr begrüßenswert ist. Allerdings sehen wir dieses Projekt dadurch ernsthaft gefährdet, dass das Bundesinnenministerium völlig inakzeptable Verschärfungen des Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftsrecht vorbereitet.

3. Die Berliner Situation

Der SPD/Die Linke-Senat hat im großen-ganzen eine erfreuliche Integrationspolitik betrieben. Sowohl im Bildungsbereich, als auch in Einbürgerung sowie der Abfederung der Nachteile durch den Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft haben die zuständigen Senatoren mit dem TBB eng zusammengearbeitet. Ebenso haben wir Unterstützung durch die Senatorinnen für Soziales und Stadtentwicklung sowie vom Senator für Wirtschaft und Arbeit erhalten. Unser Dank gilt natürlich

nicht nur der politischen Spitze dieser Verwaltungen, sondern auch den zuständigen Personen in der Verwaltung.

Sehr begrüßt vom TBB wird die Einrichtung einer Senatsverwaltung für Integration (Arbeit und Soziales) eine Forderung des TBB seit seiner Gründung. Somit hat Berlin als zweites Bundesland der Integrationspolitik den ihm gesellschaftlich gebührenden Rang zuerkannt. Wir erwarten in diesem Zusammenhang, dass der Integrationsbeauftragte des Berliner Senats im Rahmen der Umstrukturierung seine relative Selbständigkeit beibehält.

II. Aktivitäten des TBB

1. Staatsangehörigkeitsrecht

Der TBB hatte frühzeitig darauf hingewiesen, dass das ab 1.1.2000 geltende neue Einbürgerungsrecht zu einem Rückgang der Einbürgerungen führen würde. Insbesondere für Berlin traf dies zu und die Zahl der Einbürgerungen verlangsamte sich. Der faktische Ausschluss der Mehrstaatigkeit war hier der wichtigste Faktor, aber auch die Einführung einer Deutschprüfung und die wirtschaftlichen Voraussetzungen trugen dazu bei.

Der neue SPD-PDS Senat in Berlin hatte im Koalitionsprotokoll die Vereinfachung der Einbürgerungsprozedur und eine Motivierungskampagne festgelegt. Der TBB hat auf einer Pressekonferenz und im Gespräch mit dem Innensenator seine Position dargelegt.

Seit Anfang 2005 ist die Diskussion über den Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft beim Antragserwerb der türkischen Staatsangehörigkeit nach 1.1.2000 wieder entbrannt. Hierzu hat der TBB mehrere Gespräche mit der Senatsinnenverwaltung durchgeführt und eine vereinfachte Regelung im Rahmen der bestehenden Gesetze erreicht. Demnach konnten ehemalige Deutsche bis 31.08.2005 ohne Probleme eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und sich wieder einbürgern lassen. Der TBB war bemüht, die türkische Bevölkerung über diese Möglichkeit zu informieren und hat eine türkischsprachige Broschüre erstellt. Die Forderung, den alten Status vor der Einbürgerung wieder zu erlangen, wurde jedoch nicht erfüllt. Der TBB versucht mit anderen Organisationen und der TGD weiterhin diese Frage auf der Tagesordnung zu halten und eine humanitäre Lösung zu finden.

2. Ausländer- und Sozialrecht

a) Aufenthaltsrecht

Das neue Zuwanderungsgesetz, hier das Aufenthaltsgesetz hat die Situation von Sozialhilfe-Empfänger (neu ALG II) verschlechtert. In den letzten Monaten stellen wir eine verschärfte Praxis der Ausländerbehörde gegenüber ALG-II-Empfängern fest. Diese Situation haben wir dem Innensenator mitgeteilt und bemühen uns um eine Lösung.

b) Türkei-EU-Recht (ARB 1/80)

Nachdem die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren viele Verfahren beim Europäischen Gerichtshof verloren hatte, konnte sich die Bundesregierung dazu durchringen, die sich aus dem Assoziationsabkommen ergebenden Rechte für türkische Staatsbürger/innen zu respektieren. Ein diesbezügliches Schreiben wurde öffentlich gemacht.

c) Jobcenter

Einige Jobcenter zahlen den türkischen Staatsangehörigen die Sozialhilfe nicht aus, falls sie keinen gültigen türkischen Pass vorlegen. Das Problem entstand dadurch, dass in letzter Zeit eine steigende Anzahl von Personen, die das 38. Lebensjahr vollendet haben, jedoch ihren Militärdienst in der Türkei nicht abgeleistet haben, ihre Pässe beim türkischen Generalkonsulat nicht verlängern lassen können. Nach türkischem Recht müssen sie 15 Monate Wehrdienst ableisten oder 7.668 € zahlen. Da sie aber z.Zt. arbeitslos sind, sind sie nicht in der Lage zu zahlen. Aufgrund des ungültigen Passes bekommen sie weder ALG II noch eine Arbeit. Der TBB bemüht sich, das Problem zu lösen.

3. Arbeitsmarkt

a) Allgemein

Nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit waren im Januar 2007 4.247.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Dem standen 593.667 gemeldete offene Stellen gegenüber. Im Bundesdurchschnitt bedeutet das eine Arbeitslosenquote von 10,2% (Januar 2006: 12,1%).

Begleitet war die Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen seit der Wiedervereinigung von einem anhaltenden Strukturwandel: In den Dienstleistungsbereichen stieg die Beschäftigung im Allgemeinen an. In anderen Wirtschaftsbranchen wie das produzierende Gewerbe oder Baugewerbe ging die Erwerbstätigkeit durchschnittlich zurück. Die Land- und Forstwirtschaft konnte ihren Anteil seit 2004 auf niedrigem Niveau von 2,3% halten.

Im Jahresdurchschnitt 2006 hatten mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz in den Dienstleistungsbereichen. Der Anteil der hier Beschäftigten in Relation zur gesamten Erwerbstätigkeit erhöhte sich von 71 % im Jahr 2004 auf 72,3 % im Jahr 2006. Im sekundären Sektor hat sich der Erwerbstätigenanteil entsprechend verringert: Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe sank im gleichen Zeitraum der Beschäftigtenanteil von 20,8% im Jahr 2004 auf 19,9% im Jahr 2006. Im Baugewerbe hat sich der Anteil der Erwerbstätigen nach seinem höchsten Beschäftigungsstand (8,6% der Erwerbstätigen) im Jahr 1995 kontinuierlich verringert und lag 2006 mit 5,6% um 0,3 Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2004.

Die Migranten/ sind von dem Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt weiterhin stärker betroffen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Migranten ist weiterhin rückläufig. Sie gehören mit großem Abstand zu den Verlierern des Strukturwandels und weisen im Jahr 2006 mit 688.041 registrierten Arbeitsuchenden eine Arbeitslosenquote von 22,2% - mehr als doppelt so hoch - wie beim gesamten Bundesdurchschnitt (10,2%) auf, wobei es große Unterschiede zwischen den Angehörigen verschiedener Nationalitäten gibt. Besonders die Menschen mit türkischer Herkunft weisen weit höhere Arbeitslosenquoten auf als die anderen Migrantengruppen. Fast 30 % der arbeitslosen Migranten sind länger als ein Jahr arbeitslos.

Dies ist auf das Zusammenwirken zahlreicher Faktoren zurückzuführen. Der Strukturwandel mit einem Rückgang an Beschäftigungsverhältnissen besonders im Bereich der unqualifizierten Arbeit ist einer der Gründe:

- Mehr als dreiviertel aller arbeitslosen Migranten haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Es finden Verdrängungseffekte auf Einfacharbeitsplätzen durch formal besser Qualifizierte statt. Dementsprechend zeigen langfristige Trends, dass die Arbeitslosenquoten zwischen gering Qualifizierten und oberen Qualifikationsniveaus immer weiter auseinander driften.

Ein anderer Grund ist die Diskriminierung auf dem 1. Arbeitsmarkt:

- Einer BIBB-Untersuchung zufolge müssen mehrere günstige Faktoren zusammentreffen, damit ein Jugendlicher eine der knappen Lehrstellen „ergattern“ kann. Dazu zählen: eine gute Mathenote, eine bestimmte Altersgrenze und eine Region mit niedriger Arbeitslosigkeit. Wenn das stimmt, bekommt ein **deutscher Schüler** laut Untersuchung mit bis zu **70%** Wahrscheinlichkeit die Ausbildung, **ein Eingewanderter** dagegen zu **44%**. Ist er **türkischer** Herkunft, sinken seine Chancen auf **16%**. Sollte er noch in einer Region mit hoher Arbeitslosigkeit leben, kann er nur auf ein Wunder hoffen.
- Laut der gleichen Untersuchung sagten die wenigsten Firmen offen: „Wir hätten lieber einen deutschen Azubi“, aber sie unterstellten den Nicht-Deutschen, dass sie weniger pünktlich, diszipliniert oder höflich seien. Um sie vom Gegenteil zu überzeugen, fördert die Arbeitsagentur „Schnupper-Praktika“ in den Betrieben. Praktika werden jedoch häufig missbraucht, um billige Arbeitskräfte zu bekommen. Junge Leute hangeln sich von einem schlecht bezahlten Schnupper-Job zum anderen. Die Einstellpraxis der Unternehmen zeigen ähnliche Muster wie bei der Ausbildungspraxis auf.

Ein weiterer Grund ist die institutionelle Un-/Gleichbehandlung:

In den Jahren 1989 bis 1991 standen in der alten Bundesrepublik vor allem so genannte „Zielgruppen“ im Fokus der arbeitsmarktpolitischen Aufmerksamkeit. Es wurde nach Maßnahmen gesucht, die auf dem Arbeitsmarkt auf benachteiligten Bevölkerungsgruppen zielten. Dazu gehörten vor allem ältere Arbeitslose, Migranten (nach amtlichen Sprachgebrauch immer noch „Ausländer“), Jugendliche, gering qualifizierte oder gesundheitlich beeinträchtigte Arbeitslose. Als Folge der deutschen Vereinigung rückte die Beschäftigungssituation in den neuen Bundesländern in das Zentrum der Diskussionen. Die arbeitsmarktpolitischen Reformen haben die dramatische Lage der Migranten auf dem Arbeitsmarkt nicht aufgegriffen. Die Teilnehmerstrukturen der durchgeführten Maßnahmen zeigen, dass hier ein politisches Umdenken und Umlenken notwendig ist:

- Die Migranten („Ausländer“) sind nur bei der Beauftragung Dritter mit der Vermittlung überrepräsentiert. Alle anderen Maßnahmen sind stärker auf Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft konzentriert – insbesondere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Eingliederungszuschüsse (vgl. IAB Forschungsbericht Nr. 3/2006).
- Ein Grund für die überproportionale Förderung von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft durch die Beauftragung Dritter mit der Vermittlung könnte darin liegen, dass die Vermittler in den ARGen gerade bei der Vermittlung dieses Personenkreises Probleme sehen und deshalb die unterstützende Vermittlungsleistung durch Dritte initiieren (vgl. ebenda).

Um das politische Ziel „die Gleichstellung der Migranten auf dem Arbeitsmarkt“ zu erreichen, müssen entsprechende Anteile an Haushaltsmitteln des Bundes fest eingeplant werden. Die berufliche Eingliederung der benachteiligten Arbeitnehmergruppen muss mit entsprechender finanzieller Ausstattung und mit interkulturell gestalteten Angeboten vorangetrieben werden. Politische Ziele festzulegen ohne dafür die finanziellen Grundlagen anzubieten, bedeutet nichts anderes als sich mit der Situation abzufinden.

Ausbildung

Die Ausbildungssituation von Migrantenjugendlichen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen (dieser Situation ist wie auch in der Studie der BIBB festgestellt wird, nicht zuletzt auf die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen). Dies führt zu Perspektivlosigkeit unter den Jugendlichen und hat verheerende soziale Folgen. Der TBB unterstützt die Forderung der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), einen Nationalen Ausbildungspakt für Jugendliche

aus unteren Schichten und schlechten Bildungsabschlüssen abzuschließen. Hier müssen die öffentlichen Einrichtungen die Vorreiterrolle übernehmen und eine Quote zugunsten von Migrant*innen einführen, bei der Belegung der Ausbildungsplätze in öffentlichen Stellen über 10 % liegen muss. Der Vorstoß des Bürgermeisters Ole von Beust in Hamburg, eine 20 % Beteiligung von Migrant*innen in öffentlichen Ausbildungsstellen zu erreichen verdient eine hohe Anerkennung.

Die Abbruchquote der Migrant*innen in der Ausbildung ist besonders hoch. Hierzu sind Ausbildungsmanagementsysteme notwendig, die die Probleme rechtzeitig feststellen und eine Intervention ermöglichen können.

b) Berliner Arbeitsmarktdaten

Im Januar 2007 waren in Berlin 278.927 Arbeitssuchende registriert. Darunter 56.572 Arbeitssuchende mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Während Berlin unter eine recht hohe Arbeitslosenquote von 16,6% leidet, ist die Arbeitslosenquote der Migrant*innen mit 40,4% mehr als doppelt so hoch. Die Arbeitslosenquote der Migrant*innen mit türkischer Herkunft liegt um 50% und ist damit mehr als verheerend. Die Berücksichtigung der nichtregistrierten Arbeitslosen würde den Aussagewert erhöhen.

Die strukturelle Arbeitslosigkeit trifft in erste Linie die Beschäftigten derjenigen Branchen, die an wirtschaftlicher Bedeutung verlieren, neue- und arbeitssparende Technologien einführen oder langfristige Anpassungsschwierigkeiten erleiden. In Berlin wurde dies durch den Wegfall der Berlinförderung und darauf folgende Standortschließungen und Personalabbau der Unternehmen verstärkt.

Die Gründe für die höhere Arbeitslosigkeit der Migrant*innen sind offenkundig: Zum einen sind Migrant*innen noch immer relativ stark in Wirtschaftszweigen beschäftigt, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind: z.B. Baugewerbe, Teile des verarbeitenden Gewerbes, aber auch in Dienstleistungsbereichen wie Handel und Gastgewerbe. Zum anderen wirkt sich die geringere berufliche Qualifikation eines größeren Teils der Migrant*innen negativ auf die Arbeitsplatzsicherheit aus. Die Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt und die institutionelle Ungleichbehandlung spielen hierbei eine wichtige Rolle.

In einem Land, in dem Anerkennung größtenteils über den Beruf vergeben wird, muss die Arbeitspolitik neben dem Ziel eine vollwertige und strukturell ausgeglichene Beschäftigung auf hohem Stand zu bringen und sie zu stabilisieren, die berufliche Eingliederung benachteiligter Arbeitnehmergruppen verfolgen. Unter integrationspolitischen Gesichtspunkten hieße das für Berlin, das -trotz der ungünstigen Berliner Haushaltssituation- für die Migrant*innen gezielte Ausgleichs- und Kompensationsangebote zur Verfügung gestellt werden.

Berlins Visitenkarte ist seine Weltoffenheit, das Miteinander verschiedener Kulturen und Lebensstile. Berlin ist Migrationsstadt und zu einer aktiven Migrationspolitik gehört es, die Zugangsbarrieren der Migrant*innen zu Ausbildung und Arbeitsmarkt abzubauen. Der Berliner Senat befindet sich hier ihren nichtdeutschen Bürgern gegenüber in Bringschuld. Der TBB ist bereit und willig, dem Berliner Senat beim Aufbau von Strukturen und Initiativen für die Erlangung der Chancengleichheit der Migrant*innen helfend zur Seite zu stehen und seine Erfahrungen sowie Netzwerke als verlässlichen Partner zu Verfügung zu stellen.

c) Arbeitsmarktpolitische Initiativen der TBB

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg hat bei jedem Anlass auf die Situation der Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt aufmerksam gemacht und eigene arbeitsmarktpolitische Vorschläge den zuständigen Stellen zukommen lassen.

TBB arbeitet weiterhin an beispielhaften Initiativen und konkreten Maßnahmen zur signifikanten Verbesserung der Einstellung der Migranten/innen hinsichtlich notwendiger Qualifizierungen, zur Information der Migranten/innen, die Angebote an Fort- und Weiterbildungsaktivitäten aller Anbieter (Arbeitgeber, Kommunen, Berufsbildungseinrichtungen, VHS etc.) verstärkt zu nutzen und zur Unterstützung der Agentur für Arbeit, Job Centers und Bezirksamter, die von ihnen durchgeführten Maßnahmen den arbeitslosen Migranten/innen stärker zugänglich zu machen.

Der TBB ist der Auffassung, dass die Migranten/innen über Potentiale verfügen, die nicht gebührend erfasst und weder für die Qualifizierung noch für den Arbeitsmarkt ausreichend genutzt werden. Um die vorhandenen beruflich und außerberuflich in Deutschland und in der Herkunftsland erworbenen Kompetenzen, Erfahrungen sowie Qualifikationen von Langzeitarbeitslosen und von der Arbeitslosigkeit bedrohten Migranten/innen, für Bildungsprozesse nutzbar zu machen, um geeignete Angebote für eine Weiterqualifizierung anzubieten und die Arbeitsmarktchancen der Migranten/innen für qualifizierte Berufsfelder zu erhöhen, müssen diese gezielt abgefragt werden.

Der TBB entwickelt entsprechende Konzepte zur Erreichung dieser Zielsetzung und führt verschiedene arbeitsmarktpolitische Projekte in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, Job Center und verschiedenen Trägerschaften durch.

d) Arbeitsmarktprojekte des TBB

- **„Motivieren und Vermitteln“ für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren mit Migrationshintergrund unter besonderer Berücksichtigung türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten (MOVE)**

Der TBB hatte in den Jahren 1999 bis 2004 im Rahmen des Art. 11 des Jugendsofortprogramms der Bundesregierung Berlin weit Maßnahmen mit aufsuchender Arbeit und interkultureller Sozialpädagogik angeboten (IBB-Initiative zur Berufs- und Beschäftigungsmotivierung). Aufbauend auf diese Erfahrungen und die geänderten Arbeitsmarktinstrumente wurde das Projekt MOVE aufbaut, um die arbeitsmarktpolitisch und gesellschaftlich integrativen, auf die Erhöhung der Zukunftschancen der benachteiligten Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgerichteten Initiativen des Türkischen Bundes weiterzuführen.

MOVE ist eine Aktivierungshilfe für benachteiligte Jugendliche mit Migrationshintergrund mit stationärer Tagesstruktur für die Bezirke Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg sowie mit aufsuchendem Charakter für Neukölln. Die Finanzierung erfolgte durch die Jugendämter und Job-Centern dieser Bezirke und die Senatsverwaltung für Arbeit (Europäischer Sozialfonds – ESF).

Move richtet sich an

- benachteiligte Jugendliche mit Migrationshintergrund unter 25 Jahren
- Jugendliche ohne bzw. ohne ausreichende Schulabschlüsse
- Jugendliche mit Realschulabschluss, die Vermittlungshemmnisse oder Orientierungsdefizite aufweisen
- Jugendliche mit sprachlichen Defiziten
- Jugendliche ohne ausreichende soziale Kompetenzen

Eine besondere Zielgruppe bilden Mädchen aus sozial benachteiligten Familien. Auch Mädchen aus Mittelschichtfamilien haben generelle Zugangsschwierigkeiten, so dass eine Förderung dieser Zielgruppe sehr wichtig ist.

Es handelt sich um Jugendliche, die ALG II beziehen oder/und von den Jobcentern oder Jugendämtern für die Betreuung bis zu 6 Monaten an das Projekt zugewiesen werden.

Diese Jugendliche verfügen häufig weder über eine ausreichende Berufsinformation noch über eine realistische Berufsorientierung. Ihre Berufsfindung fällt ihnen daher ebenso schwer wie die Bewertung des eigenen Stärken-Schwächen-Profiles.

Diese Jugendliche benötigen zur Überwindung ihrer Vermittlungshemmnisse und Vermittlung

- eine verstärkte Beratung und Begleitung, die ihre migrantenspezifische Einfluss-faktoren berücksichtigt
- umfassende Informationen über unterschiedliche Berufsfelder
- Informationen über mögliche Wege in Ausbildung und Arbeit
- Unterstützung in der Selbstdarstellung im Bewerbungsprozeß
- praktische Erfahrungen im betrieblichen Umfeld.

Gesamtbericht für das Projekt MOVE 02.01.2005 – 31.12.2006 Friedrichshain-Kreuzberg, Tempelhof-Schöneberg und Neukölln

MOVE 2005 – 2006						
Teilnehmer/innen 2005 – 2006						
	2005		2006		Σ 2005-2006	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	113		166		279	
Darunter weiblich	48	42,48	63	37,95	111	39,78
Tempelhof-Schöneberg	29		42		71	
Friedrichshain-Kreuzberg	35		55		90	
Neukölln	49		69		118	
Vermittlung 2005-2006						
					absolut	in %
Berufsvorbereitende Maßnahmen					81	29,03
Praktikum					1	0,36
Ausbildung					30	10,75
Arbeit					17	6,10
Sonstiger Verbleib (Maßnahme durchlaufen, Ziel (e) nicht zu erreichen)					87	31,18
TeilnehmerInnen, die sich 2007 noch in der Maßnahme befinden					63	22,58
Summe					279	100

Ergebnis: Von den 216 Jugendlichen, die die Maßnahme durchlaufen haben, konnten 129 das Ziel erreichen, entspricht: 59,72 %.

Resümierend kann gesagt werden, dass durch diese Zahlen der Erfolg und die Sinnhaftigkeit des Projektes MOVE hinreichend dargelegt wurden. Es liegt allerdings auf der Hand, dass, wie erfolgreich solche Projekte auch sein mögen, sie die aus der soziokulturellen Situation der Familien, der Struktur des Bildungswesens und den unzureichenden Ausbildungs- und Arbeitsplatzangeboten resultierenden Defizite nicht vollständig beheben können. Trotzdem ist festzuhalten, dass die erfolgreichen Projekte des TBB nicht nur den Betroffenen Unterstützung geboten haben, sondern den Nachweis erbracht haben, dass der TBB nicht nur Kritik und Vorschläge produziert, sondern auch konkrete, praktische Arbeit leistet.

- **Interkulturelle Berufsberatung (IKB)**

Die Interkulturelle Berufsberatung ist ein TBB Projekt mit drei Beschäftigten im Rahmen von Kumulus Plus Netzwerk. Das Kumulus Plus Netzwerk ist ein durch den europäischen EQUAL-Fonds finanziertes Projekt und existiert seit Mitte 2005. Die Laufzeit des Projektes endet zum 31.12.2007. Das Ziel des Projektes im Allgemeinen ist die Herstellung der Beschäftigungsfähigkeit der in Berlin lebenden Personen mit Migrationshintergrund. Der Schwerpunkt des von 11 Teilprojekten bestehenden Kumulus Plus Netzwerkes ist in der ersten Linie die berufliche Beratung und Qualifizierung der Migranten.

Das TBB Projekt „Interkulturelle Berufsberatung (IKB)“berät hauptsächlich die türkischstämmigen Migranten in allen Fragen, die mit Arbeitslosigkeit und beruflicher Bildung zu tun haben. IKB fördert die Bereitschaft der türkischstämmigen Migranten zur beruflichen Qualifizierung durch Beratung/Information/Unterstützung. Die Ratsuchenden Personen werden zur aktiven Nach- bzw. Weiterqualifizierung motiviert. Die beruflichen Qualifizierungsangebote stammen entweder direkt aus dem Kumulus Plus Netzwerk bzw. aus den anderen Netzwerken wie „das Weiterbildungsnetzwerk für Migranten“ oder aus den verschiedenen Bildungsträgern im Rahmen von SGB II und III. Das Hauptziel der Beratungstätigkeit ist die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit von türkischstämmigen Berlinern für den Arbeitsmarkt. Die IKB-Dienstleistungen werden in Türkisch und Deutsch angeboten. Die Möglichkeit der muttersprachlichen Berufsberatung ist hinsichtlich des Akzeptanz und des Verstehens von Migranten ein sehr wichtiger Faktor. Dadurch steht nämlich die Ratsuchenden mit unterschiedlichen kulturellen Eigenschaften im Mittelpunkt des Beratungsprozesses.

Das IKB Projekt hat bis Mitte Februar 2007 320 Personen, darunter 53 nicht türkischstämmige Migranten, direkt beraten, informiert und für eine berufliche Qualifizierung unterstützt. Mit diesen Ratsuchenden wurden bis jetzt 450 persönliche Beratungsgespräche geführt. Darüber hinaus gab es zusätzlich weitere Gespräche am Telefon, wenn die Beratung dringend geschehen sollte.

Ende 2006 hat IKB durch eigene Initiative zwei fachbezogene Deutschkurse in den Räumlichkeiten von Migrationsrat durchgeführt. Die Teilnehmer waren von der Qualität sehr zufrieden. Aufgrund der positiven Rückmeldung der Teilnehmer gibt es eine verstärkte Nachfrage von anderen Kumulus Plus Projekten und von einigen JobCentern nach einer Fortsetzung dieser Kurse auch in diesem Jahr. IKB beabsichtigt in diesem Jahr weitere Kurse in Fachdeutsch zu veranstalten.

Das IKB-Projekt von TBB hat in der Berliner türkischen Öffentlichkeit im Gegensatz zur Anfangszeit deutlich an Bekanntheit gewonnen. Neben der Öffentlichkeitsarbeit in den Printmedien (Hürriyet/Posta/Merhaba/Abendblatt) und Radio/TV (Metropol FM, TD1) wurden die Anlaufstellen von potenziellen türkischen Ratsuchenden (verschiedene Beratungsstellen in Berlin, Dachverbände und Vereine, Moscheen, bezirkliche Migrationsbeauftragte etc.) besucht und Informationsgespräche geführt. IKB eigene Plakate und Flyer wurden entwickelt und verteilt. Es gab außerdem eine Werbeaktion vom Kumulus Plus Netzwerk in der Berliner U-Bahn. Eine Kumulus Plus eigene Website existiert im Internet, in der über das IKB Projekt informiert wird. Ebenso gibt es Informationen über die TBB Website.

Die Interkulturelle Berufsberatung –IKB- bekommt im Rahmen des Kumulus Plus Netzwerkes eine neue professionelle Datenbank. Durch diese Datenbank wird demnächst die Weiterleitung der Kunden an die potenziellen Qualifizierungsträgern schnell und übersichtlicher erfolgen. Die Betreuung und Begleitung von Ratsuchenden wird dadurch effektiver sein.

Darüber hinaus haben vor kurzem sämtliche Teilprojekte von Kumulus Plus eine gemeinsame online Kommunikationsplattform (Moodle) bekommen. Damit kann das Netzwerk durch Moodle die Kommunikation untereinander sachbezogen führen und die Netzwerkzusammenarbeit intensivieren.

Die IKB-Mitarbeiter besuchten unterschiedliche Fachtagungen von Equal Projekten, darunter viele Transnationale Begegnungen, verschiedene Facharbeitskreise der IQ-Netze. Dadurch wurde das Fachwissen erhöht und es wurden praktische Erfahrungen über interkulturelle Berufsberatung gesammelt. Das Projekt IKB ist durch seine praktische und fachliche Arbeit ein anerkanntes Teilprojekt sowohl im Rahmen von Kumulus Plus Netzwerk als auch innerhalb der transnationalen Partner (Zaragoza, Leiden und Lünen) geworden.

Kritisch kann man hier nach anderthalb jähriger Erfahrung folgende Punkte erwähnen:

Die Zusammenarbeit mit großen arbeitsmarktpolitischen Akteuren wie die JobCenter lassen viele Wünsche übrig. Eine koordinierte, nach den Kompetenzen von Kunden orientierte, vertrauliche Zusammenarbeit mit den JobCentern fand bis jetzt nicht statt. Die zwölf JobCenter in Berlin zeigen trotz mehrmaliger Informationsveranstaltungen kein starkes Interesse an einer anderen Berufsberatung und Qualifizierung. Hier muss Kumulus Plus Wege und Methoden für eine Zusammenarbeit mit diesen großen Ämtern finden, damit die Menge der arbeitssuchenden Türken bzw. Kunden mit Migrationshintergrund Zugang zur interkulturellen Berufsberatung und passgenauen Qualifizierung bekommen.

Durch das IKB Projekt ist die schlechte berufliche Situation von Personen, die ihre Ausbildung im Ausland erworben haben, noch deutlicher geworden. Besonders aus der Türkei und aus den Drittländern werden die Abschlüsse und Diplome in der Regel in Deutschland/Berlin nicht anerkannt. Viele Kompetenzen die im Ausland erworben wurden und hier gut genutzt werden könnten, liegen deswegen brach und werden vergeudet. In dieser Hinsicht sollten weitere politische Initiativen gestartet werden. Für die Anerkennung der türkischen Berufsabschlüsse gibt es in Berlin/Deutschland Handlungsbedarf.

- **MAE-Projekte**

„Interkulturell Helfen“ und „Kultur und Sport Ü25“

Die erste Maßnahme hatte 24 Teilnehmer, 16 Frauen und 8 Männer. Der Alterdurchschnitt lag bei 42,3 Jahren. 5 Teilnehmer hatten die türkische, 1 Teilnehmer hatte die aserbaidschanische und 18 Teilnehmer die deutsche Staatsangehörigkeit, wobei 8 von diesen Teilnehmern einen Migrationshintergrund aufweisen.

Aus dieser Gruppe konnten 5 Teilnehmer keinen Schulabschluss nachweisen. 4 Teilnehmer hatten den Hauptschulabschluss, 1 Teilnehmer den erweiterten Hauptschulabschluss, 8 Teilnehmer den Realschulabschluss und 2 Teilnehmer hatten die allgemeine Hochschulreife. 4 Teilnehmer konnten ein abgeschlossenes Studium nachweisen, wobei ein Teilnehmer das Studium in der Türkei absolviert hat, was keine Anerkennung in Deutschland hat. Insgesamt hatten 15 Teilnehmer einen Beruf gelernt.

Unter Berücksichtigung der o.g. Eingangsvoraussetzungen war es notwendig möglichst individuell auf die Einsatzmöglichkeiten einzugehen. Die Beschäftigung erfolgte nach Interessenslage und Neigung der Teilnehmer bei den verschiedenen Kooperationspartnern und freien Trägern wie Selbsthilfeorganisationen und Kultureinrichtungen.

Vorrangiges Ziel war die Teilnehmer an die allgemeinen Arbeitstugenden wie Pünktlichkeit, Einhalten von Absprachen und Zuverlässigkeit heranzuführen. Die Teilnahme an der Maßnahme förderte bei den Teilnehmern einen strukturierten und geregelten Tagesablauf.

Durch den Einsatz bei den ausgesuchten Kooperationspartnern konnten den Teilnehmern zum Teil berufliche Kenntnisse und Erfahrungen vermittelt werden, die zu Stärkung der beruflichen Orientierung und des Selbstwertgefühls beitragen.

Die Klärung persönlicher Probleme zur Gewährleistung der Stabilität erfolgte durch intensive und kontinuierliche Beratungsgespräche.

Die Teilnehmer nahmen an folgenden Qualifizierungen teil: Grundlagen Office, Grundlagen Linux, Pädagogik-Grundlagen, Internet für Senioren, Erste Hilfe Lehrgang, Soziale Pflege – Hauswirtschaft und Deutschkurse. Bei erfolgreicher Teilnahme an den Qualifizierungen erhielten die Teilnehmer eine Teilnahmebescheinigung.

Die Kooperationspartner waren öffentliche Einrichtungen sowie freie Träger wie Selbsthilfeorganisationen und Kultureinrichtungen. Die Zusammenarbeit mit allen Kooperationspartnern verlief gut. Die Kooperationspartner, welche keine Erfahrungen mit MAE Maßnahmen hatten, mussten an die Regeln und Abläufe herangeführt werden. Es fand ein stetiger Informationsaustausch bezüglich der Anwesenheit und der Arbeitstugenden der Teilnehmer statt. Ein kontinuierlicher Dialog zwischen den Einrichtungen und den Integrationsberatern bildete die Grundlage der guten Zusammenarbeit.

4. Bildungspolitik

a) Anstelle einer allgemeinen Aussage

UN-Menschenrechtsinspektor übt harsche Kritik an deutscher Schule

bdt0506 3 pl 503 dpa 4370
Bildung/Menschenrechte/

Berlin (dpa) - Der UN-Menschenrechtsinspektor, Vernor Muñoz, hat mit scharfen Worten die deutsche Bildungspolitik gerügt. Das dreigliedrige Schulsystem mit Haupt-, Realschule und Gymnasium benachteilige durch seine frühe Aufteilung Kinder aus armen Elternhäusern und aus Migrantenfamilien. Es wirke «extrem selektiv» und diskriminiere Behinderte, schreibt der Menschenrechtsexperte in einem vorläufigen Bericht, der der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vorliegt. Der Jura-Professor aus Costa Rica besuchte im Auftrag der UN-Menschenrechtskommission genau vor einem Jahr Deutschland.

(.....)

Mit Blick auf die PISA-Studie verweist Muñoz darauf, dass in keinem anderen vergleichbaren Industriestaat der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft abhängt wie in Deutschland. Durch den internationalen Konkurrenzdruck wachse auch in der Bundesrepublik der Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitnehmern. Ungelernte hätten dagegen kaum noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dabei bezieht sich Muñoz auch auf die im internationalen Vergleich geringe Abiturientenquote in Deutschland und bemängelt die hohe Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, insbesondere bei Migrantenkindern.

Seit seiner Gründung hat sich der Türkische Bund insbesondere mit seiner zuständigen Mitgliedsorganisation, dem „Türkischen Elternverein in Berlin-Brandenburg“, großen Wert auf die Bildungspolitik gelegt. Nach fast vier Jahrzehnten Migrationsgeschichte ist trotz steigender Erfolgszahlen die Partizipation der türkischstämmigen Migrant/innen am Bildungsmarkt nach wie vor besonders gering.

Dies manifestiert sich vor allem bei der Schulerfolgsquote der türkischstämmigen Jugendlichen, die deutlich unter dem der gleichaltrigen deutschen Jugendlichen liegt. Diese Bilanz ist Ergebnis einer Bildungspolitik, die die kulturelle und soziale Heterogenität ihrer Zielgruppe weitgehend negiert.

Die Hauptforderung des TBB ist daher, dass adäquate Strategien umgesetzt werden, die die bisherige Bildungspolitik an die Anforderungen einer multi-ethnischen Gesellschaft anpassen, die sich durch kulturellen Reichtum und soziale Heterogenität auszeichnet. Die Auseinandersetzung mit der Vielfalt der Gesellschaft darf sich nicht nur auf einzelne „Förderprogrammen“ beschränken,

sondern muss in einem bildungsinstitutions- und fächerübergreifenden Gesamtkonzept realisiert werden. Dass dies möglich ist, zeigen andere Staaten mit vergleichbarem Migrationsanteil, die bei PISA/OECD deutlich besser abgeschnitten haben.

Was machen die Kanadier besser, Frau Fougère?

DIE AKTUELLE FRAGE
Der Tagesspiegel 25.3.2004

MARIE-LISON FOUGÈRE

ist Abteilungsleiterin im Bildungsministerium in Ontario/Kanada.

Frau Fougère, aus Michael Moore's Film „Bowling for Columbine“ wissen wir, dass die Kanadier die Eingangstüren ihrer Häuser nicht abschließen. Ist Offenheit auch ein Merkmal der kanadischen Schulen?

In der Tat ist die Schule in Kanada ein Ort, der für alle weit offen und zugänglich ist, ein Treffpunkt, an dem die ganze Nachbarschaft zusammenkommt. Kanadische Eltern interessieren sich sehr für die Schule. Aber auch Leute, die gar keine Kinder haben, kommen nachmittags oder abends zu Sport- oder Englischkursen. Schule macht kanadischen Schülern Spaß. Sie ist keine ausschließende, sondern eine einschließende Einrichtung: Hier sollen auch durchschnittliche Schüler erfolgreich lernen oder solche mit anderen Muttersprachen als Englisch oder Französisch.

Für Deutschland hat die Pisa-Studie unlängst gezeigt, dass das Leistungsniveau von Schulklassen sinkt, wenn der Anteil von Schülern, die zu Hause kein Deutsch sprechen, 20 Prozent oder mehr beträgt. In Ontario scheint der hohe Einwandereranteil dagegen keine nachteiligen Einflüsse auf das Abschneiden der übrigen Schüler zu haben. Wie ist das möglich?

Wenn ein Kind an die Schule kommt und die Landessprache nicht spricht, bekommt es automatisch Unterricht darin von spezialisierten Lehrern. Manchmal gibt es parallel auch Unterricht in der Muttersprache, weil bekannt ist, dass das den Erwerb der Zweitsprache erleichtert. Weil Schule in Kanada selbst am Nachmittag so wichtig ist, lernen sogar ältere Schüler durch Gruppendynamik die Sprache schnell. An kanadischen Schulen gibt es übrigens auch Sprachkurse für Eltern von Einwandererkindern. Und wir bemühen uns, die Schüler zu motivieren. Es ist falsch, wenn Einwanderer lesen lernen sollen, man ihnen aber nur Geschichten über Menschen aus der Mehrheitskultur vorsetzt, in denen sie sich nicht wieder erkennen. Kein Wunder, wenn sie keine Motivation zu lesen haben. Man muss die Schüler da abholen, wo sie stehen.

Der TBB zahlreiche eigene Maßnahmen und Veranstaltungen umgesetzt. Das Projekt Elternlotsen leistet konkrete Elternarbeit vor Ort.

b) Muttersprachenverbot

Seit dem Beginn der Diskussion über Kinder mit Migrationshintergrund im bundesdeutschen Bildungssystem wird über den Stellenwert der Muttersprachen diskutiert. Musste Jahrzehnte lang für die Akzeptanz und die Förderung der Muttersprachen gekämpft werden, taucht in den letzten Jahren ein neues Phänomen auf, das mancher Orts rassistische Züge angenommen hat:

Das Muttersprachenverbot – sogar in den Pausen. Nachdem das Muttersprachenverbot in den Pausen in der Hoover-Oberschule in Berlin-Wedding tagelang die Öffentlichkeit beschäftigt hat, wurden bundesweit ähnliche Vorhaben bekannt. Der TBB hat sich massiv dagegen gewandt, konnte aber in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung mit seiner Position nicht durchdringen. Den Gipfel dieser Verbotspolitik setzt die sog. Deutsche Nationalstiftung, die die Hoover-Schule dafür noch auszeichnete.

(Über die Darstellung des Stellenwerts der Muttersprache für die Integration wird hier verzichtet, dafür auf den in diesem Bericht abgedruckte Interview mit der Abteilungsleiterin im Bildungsministerium in Ontario/Kanada verwiesen.)

c) Einstellung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund

Wir fordern seit Jahren, dass in den Berliner Schulen gezielt in der Bundesrepublik ausgebildete Lehrkräfte mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Hierzu ist es notwendig, bei der Einstellung von Lehrkräften den Migrationshintergrund –bei entsprechenden Kompetenzen in diesem Feld- als ein besonderes Qualifikationsmerkmal zu bewerten. Wir hoffen dass der neue Bildungssenator Prof. Zöllner dieses Vorhaben seines Vorgängers Klaus Böger weiter verfolgen wird. Der TBB mit dem Türkischen Elternverein Berlin-Brandenburg wird hierzu auch die GEW und den Gesamtpersonalrat kontaktieren.

d) Der Elternkongress Berlin 2006

Auf Initiative des TBB und dem Paritätischen Bildungswerks wurde am 17. September 2006 im Berliner Abgeordnetenhaus erstmalig ein Elternkongress durchgeführt. Finanzielle und organisatorische Unterstützung gab es von der Senatsverwaltung für Bildung, dem Integrationsbeauftragten und der Deutschen Klassenlotterie Berlin.

Hier sei dem Regierenden Bürgermeister, Klaus Wowereit, dem Bildungssenator, Klaus Böger, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Walter Momper, und dem Integrationsbeauftragten, Günter Piening sowie Radio MultiKulti für ihre Unterstützung gedankt. Darüber hinaus gilt unser Dank den anderen Organisationen und Verbänden sowie dem Koordinator des Projektes, Thomas Hartmann.

Der Elternkongress Berlin 2006 wurde getragen:

- Al-Nadi im Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V.
- Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.
- Internationale Akademie an der FU Berlin gGmbH Projekt Kinderwelten
- Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin
- Paritätisches Bildungswerk Bundesverband
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport
- Türkischer Elternverein in Berlin-Brandenburg e.V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Der Kongress sollte Eltern eine Plattform geben, sich mit Lehrer/innen und Erzieher/innen über Wege und Mittel für eine erfolgreiche Erziehung und Bildung der Kinder auszutauschen. Der Kongress richtete sich vor allem an Eltern mit Migrationshintergrund und lud auch Fachleute aus Migrantenvereinen und aus Bildungseinrichtungen und -projekten ein, den Kongress aktiv mit vorzubereiten und zu gestalten.

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie können Eltern, Lehrer/innen, Erzieher/innen und Politiker/innen besser zusammenarbeiten als bisher? Wie müssen die Strukturen im Bildungswesen den Anforderungen angepasst werden? In 10 Gesprächsforen konnten Eltern untereinander besprechen, was sie von einer Kita und Schule erwarten, in denen Ihre Kinder gute Entwicklungsmöglichkeiten haben. Sie hatten aber auch die Möglichkeit, von Lehrer/innen und Erzieher/innen zu erfahren, welche Mitwirkung diese von den Eltern brauchen. Darüber hinaus bot ein „Markt der Möglichkeiten“ die Gelegenheit, Kontakt aufzunehmen mit Projekten, die Hilfestellungen für Eltern anbieten.

Die Kita Kleiner Frosch des Türkischen Elternvereins in Berlin-Brandenburg übernahm die Kinderbetreuung. Der Bildungskongress wurde von ca. 400 Personen besucht und war ein großer Erfolg.

e) Bildungswerk des Türkischen Bundes

Anerkannter Träger in der Erwachsenenbildung

Als erste Migrantenorganisation haben wir die Anerkennung als Träger in der Erwachsenenbildung bei der Bundeszentrale für politische Bildungsarbeit bekommen. 2005 und 2006 haben mehrere Seminare durchgeführt.

Gewalt im Sport

Ort: Vereinslokal, Vor dem Schlesischen Tor 1, 10997 Berlin

Datum: 26.11.2005

„Konsequent verdrängt ?! – Migration und Aids als gesamtgesellschaftliches Problem und als Herausforderung für die Politik – Eine Standortbestimmung“

Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Datum: 01.12.05, 13 –19 Uhr

Zuwanderungsgesetz und Integrationspolitik

Ort: Berlin

Datum: 1.12.2005

Zuwanderungsgesetz und Integrationspolitik

Ort: Karlsruhe

Datum: 9.12.2005

Integrationspolitische Auswirkungen des neuen Staatsbürgerschaftsrechts

Ort: Kiel

Datum: 10.12.2005

Möglicher EU-Beitritt der Türkei: Integrationspolitische Aspekte

Ort: Kiel

Datum: 17.12.2005

Integrationspolitische Auswirkungen des neuen Staatsbürgerschaftsrechts

Ort: Karlsruhe, Rintheimerstr. 82, 76131 Karlsruhe

Datum: 28.01.2006

Integrationspolitische Aspekte des Sports am Beispiel des Fußballs

Ort: Türkisches Haus, An der Urania 15, 10785 Berlin

Datum: 11.02.2006

Integrationsgipfel der Bundesregierung

Ort: Karlsruhe, Rintheimerstr. 82, 76131 Karlsruhe

Datum: 15.07.2006

Entwicklung des Geschichtsbewußtseins und die Auseinandersetzung mit der Geschichte

Ort: Frankfurt

Datum: 29.07.- 30.07.2006

Integrationsgipfel der Bundesregierung

Ort: Neustadt

Datum: 01.12.2006

EU-Beitritt der Türkei: Fortschritt bei den Verhandlungen? Oder Abnahme des Interesses am Beitrittsprozess der Türkei

Ort: Kiel

Datum: 16.12.2006

EU-Beitritt der Türkei: Fortschritt bei den Verhandlungen? Oder Abnahme des Interesses am Beitrittsprozess der Türkei

Ort: Hamburg

Datum: 17.12.2006

Existenzgründerseminare

Gemeinsam mit der TDU (Türkisch-Deutsche Unternehmervereinigung) und BWK (Bildungswerk in Kreuzberg) haben wir an den Ausschreibungen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen teilgenommen, diese gewonnen und somit in 2005 und 2006 Beratungsveranstaltungen für Existenzgründer durchgeführt. An diesen Seminaren haben über 250 Personen teilgenommen.

Türkische Gesundheitstage

Trotz der Tatsache ist, dass die Bundesrepublik Deutschland faktisch ein Einwanderungsland geworden ist, wird die nichtdeutsche Bevölkerung immer noch nicht im Gesundheitssystem nicht adäquat berücksichtigt wird. Während das Personal im Gesundheitssystem kaum Information über das Migrationsgeschehen verfügt, haben Migrantinnen und Migranten aufgrund von schlechten Erfahrungen und Sprachproblemen Hemmnisse vor deutschen Institutionen. Hinzu kommen migrationsspezifischen Sensibilitäten bezüglich der Ausprägung von Erkrankungen.

Aus diesem Grund kam das Projekt "Türkische Gesundheitstage" zustande. Ziel ist nach wie vor einen Beitrag zur Interkulturellen Öffnung des Gesundheitssystems zu leisten und den Migrantinnen und Migranten aus der Türkei die Möglichkeit zu geben, sich in ihrer Herkunftssprache Informationen über Krankheiten einholen zu können.

Im Anschluss an die Türkischen Gesundheitstage in den Jahren 2003 und 2004 fanden vom 24. bis zum 26. November 2005 die „3. Türkischen Gesundheitstage“ statt, an denen ca. 150 Menschen teilnahmen.

Während der Veranstaltung standen verschiedene Organisationen und Vereine mit Info-Ständen zur Verfügung. Außerdem konnten Angebote wie Sehtest, Akupunktur, Blutdruckmessung usw. wahrgenommen werden.

Im Zuge der Vorbereitungen für die Gesundheitstage wurde ein Beratungsführer für Gesundheitsfragen mit sämtlichen Ansprechpartnern zum Thema Gesundheit herausgegeben.

Die Veranstalter der 3.Türkischen Gesundheitstage waren: Berliner Gesellschaft Türkischer Mediziner (BTSE), Türkische Gemeinde zu Berlin (TGB), Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg (TBB), Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), Kulturzentrum Anatolischer Aleviten (AAKM), Türkisch- Deutsches Zentrum (TDZ), Akarsu Gesundheitstage, Sozialverband VdK, Gesundheit Berlin, Selbsthilfzentrum Neukölln, Berliner Bündnis gegen Depression, Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Bezirksamt Neukölln

Die Veranstalter entschieden sich dafür, die Türkische Gesundheitstage 2006 für ein Jahr auszusetzen, um das Projekt 2007 mit neuen Ideen und verschiedenen Themen wieder starten zu können.

f) Berliner Elternlotsenprojekt des TBB (BEL)

Kurzübersicht über das Projekt

Das Projekt Berliner Elternlotsen des TBB nahm am 15.11.2005 seine Arbeit auf. Das Projekt konnte durch die finanzielle Unterstützung der Stern GmbH, die das Quartiersmanagementprogramm in Moabit-West leitet und der Hedwig-Dohm-Oberschule, die sich als Projektschule zur Verfügung stellte, durchgeführt werden.

Die Zielgruppe des Projektes sind Eltern mit Migrationshintergrund, insbesondere türkischer oder arabischer Herkunft und ihre Kinder.

Ziel des Projektes ist die Erhöhung der Bürgerbeteiligung durch adäquate und nachhaltige Angebote, die sich an die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund (Eltern der Schüler/innen) orientieren.

Im Rahmen des Eltern-Lotsen-Projektes werden Familien, deren Kinder die Oberschule besuchen, durch pädagogisch ausgebildete und für diese Aufgabe gezielt geschulte Elternlots/innen betreut und begleitet. Die Elternlots/innen treten mit den Eltern in Kontakt und begeben sich an die Aufenthaltsorte der Familien, insbesondere in die Wohnungen in der die Familien mit ihren Kindern leben. Die Lots/innen beraten, fördern, begleiten, motivieren und regen die Eltern dazu an, sich an schulischen Aktivitäten aktiv zu beteiligen.

Die Eltern sollen ganzheitlich und kontinuierlich durch die verschiedenen Bildungsphasen und Bildungsanforderung begleitet werden. Auf diese Weise soll das Selbstbewusstsein der Eltern gestärkt werden, sich aktiv für die Interessen ihres Kindes einzusetzen und mehr Verantwortung für die schulische Karriere ihrer Kinder zu übernehmen.

Ferner versucht das Projekt, bestehende Bildungs- und Beratungsleistungen in einem Netzwerk Paket zusammenzufassen und Eltern mit Migrationshintergrund die vorhandenen Angebote nahe zu bringen. Die Eltern sollen über die breite Palette an Förderung- und Unterstützungsmöglichkeiten für sich selbst und/oder für ihre Kinder informiert werden.

Vorbereitungs- und Aufbauphase - November 2005 bis März 2006

Zusammenstellung des Teams: Das Team des Elternlotsenprojektes bestand zunächst aus einem Koordinator, drei Elternlotsinnen und einem Elternlotsen. Am 15. August 2006 wechselte die Projektleitung. Die Elternlotsen wurden vom Türkischen Bund und vom Türkischen Elternverein für ihre Aufgabe geschult.

Projektgeschäftsstelle: Ende Dezember bezog das Projekt Büroräume an der Schule. Die Büroräume direkt vor Ort sind nach wie vor eine sehr große Hilfe für die Umsetzung der Projektarbeit.

Auswahl der Klassen: Bis Ende Februar 2006 fand die Auswahl der Klassen statt. In Absprache mit dem Schullektor Herr Kriege wurden die 7. Klassen für das Projekt ausgewählt. Zum Zeitpunkt der Auswahl gab es vier 7. Klassen, mit durchschnittlich 22 Schüler/innen. Rund 80 Prozent der Schüler/innen hatten einen Migrationshintergrund. Nach der Auswahl der Projektklassen wurde der Kontakt zu den Klassenlehrer/innen hergestellt und über die Auswahl der zu betreuenden Eltern gesprochen.

Ideensammlung und Themenabfrage bei den Eltern: Um die geplanten Informationsveranstaltungen zu konkretisieren wurden die Familien hinsichtlich für sie wichtiger Themen befragt. Häufig genannt wurden:

Mit den Eltern wurde über Möglichkeiten reflektiert, wie Familien stärker in das Schulleben ihrer Kinder integriert werden können. Die Eltern zeigten sich sehr kreativ in der Ausarbeitung von Projekten. Hier sind einige genannt:

- Regelmäßige Eltern-Cafés
- Regelmäßige „Exkursionen“ z.B. Besuch der TU Berlin, Bibliotheken oder Museen.
- Gemeinsamer Kochkurs in der Schulküche und gemeinsames Essen
- Gemeinsames Renovieren eines Klassenzimmers

Durchführungsphase - März 2006 bis Februar 2007

Kontaktaufbau und Betreuungsarbeit - März 2006 bis Oktober 2006

Für jede Klasse ist ein/e Lots/in zuständig. In Absprache mit den Klassenlehrer/innen wurden jeweils fünf Schüler/innen aus jeder Klasse ausgewählt, so dass parallel insgesamt 20 Familien betreut werden können. Die konkrete Kontaktaufnahme mit den Eltern erfolgte an den Elternabenden als auch über telefonische Gespräche im Anschluss an die Elternabende. Die meisten angesprochenen Eltern zeigten von Anfang an Interesse an ersten Gesprächen, so dass der Zugang der Elternlotsen problemlos erfolgen konnte.

Vermittlung der Eltern in weitergehende Unterstützungsangebote

Die im Kiez existierenden Angebote wurden recherchiert und erfasst. Die vorhandenen Angebote und Dienstleistungen wurden den Eltern je nach Bedarf empfohlen bzw. die Eltern wurden bei der Kontaktaufnahme unterstützt. Es zeigte sich, dass viele Angebote im Kiez für Migrant/innen aus arabischen Ländern zugeschnitten sind. Diese Angebote wurden von den türkischen Eltern nicht immer gut angenommen. Alternativ musste das BEL Projekt die Projekteltern auf Angebote außerhalb ihres Bezirkes hinweisen.

Durchgeführte Elternaktivierungsveranstaltungen

- Eltern-Treff am 23. März 2006
- Eltern-Café am 06. April 2006
- Uni-Besuch am 21. April 2006
- Eltern-Café am 04. Mai 2006
- Eltern-Café am 08. Juni 2006
- Teilnahme am Schulfest am 16. Juni 2006

Durchgeführte Eltern-Informationsveranstaltungen

- Zum Thema: Neues Schulgesetz am 19.09.2006
- Zum Thema: Jugendliche in der Pubertät am 30.10.2006
- Zum Thema: Der Umgang mit Medien am 31.01.2007
- Geplant zum Thema: Spracherwerb am 19.03.2007

Weitere geplante Veranstaltungen:

- Multikulturelles Schulfest in der Hedwig-Dohm-Schule
- Netzwerktreffen im Quartier Moabit West

Weiterfinanzierung des Projektes

Die Projektförderung ist am 15. November 2006 ausgelaufen. Die Weiterfinanzierung des Projektes ist noch nicht abschließend geklärt. Daher ist es aktuell die wichtigste Aufgabe, die Zukunft des Projektes zu sichern. Um die Projektarbeit zunächst weiterführen zu können, hat der Türkische Bund beschlossen drei Monate lang das Projekt aus eigenen Mitteln zu bestreiten. In dieser Zeit werden verschiedene Wege beschritten, in der Hoffnung eine weiterführende Finanzierungsmöglichkeit zu finden. Ein Förderantrag beim Quartiersmanagement Beusselstraße ist im Januar 2007 auf den Weg gebracht worden. An einem umfangreicheren Antrag wird zurzeit gearbeitet.

5. Frauenpolitik

a) TBB-Offensive gegen Menschenrechtsverletzungen an Frauen

Der TBB hat in der letzten Periode im Bereich „Frauen“ besonders zu den Themen Gewalt in der Familie, Zwangsverheiratung und Kopftuch aktiv Stellung genommen.

Die letzte Amtsperiode war überschattet durch ein tragisches Ereignis: die Ermordung von Hatun Sürücü am 07. Februar 2005. Der Türkische Bund reagierte als erste Migrantenselbstorganisation unmittelbar auf dieses Ereignis durch eine energische Offensive. An einem umgehend einberufenen runden Tisch mit Vertreter/innen aus Behörden, Politik, islamischen Organisationen und Antigewaltprojekten veröffentlichte der TBB seinen 10-Punkte-Plan zur „Bekämpfung der Intoleranz gegenüber Frauen“.

b) Der 10-Punkte Plan des TBB

1. Keine Toleranz gegenüber Gewalt gegen Frauen
2. Keine Toleranz gegenüber repressiven Einstellungen aus vorgeschobenen religiösen oder traditionellen Gründen und Ächtung von Wertevorstellungen, die Frauen diskriminieren
3. Öffentliches und aktives Bekenntnis aller türkischen und islamischen Organisationen zum Selbstbestimmungsrecht der Frauen
4. Förderung des innertürkischen sowie innerislamischen Diskussionsprozesses in Bezug auf die Gleichberechtigung der Frauen
5. Strikte Strafverfolgung der Zwangsverheiratung, Aufklärung in der türkischen und der islamischen Community
6. Interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen und Förderung der interkulturellen Kompetenz der Lehrkräfte
7. Einrichtung eines Lehrstuhls für islamische Theologie an einer der Berliner Universitäten
8. Einführung eines Islamkundeunterrichts an den Berliner Schulen
9. Durchsetzung der Schulpflicht in Bezug auf Schwimm-, Sport-, Biologie- und Sexualkundeunterricht
10. Darstellung der eigentlichen Werte des Islam in der Öffentlichkeit

c) Positionierung zu Menschenrechtsverletzung an Frauen

In den meisten Fachkreisen ist es keine strittige Frage, dass Menschenrechtsverletzungen an Frauen kein spezifisch türkisches oder spezifisch muslimisches Thema sind, sondern dass derartige Menschenrechtsverletzungen leider auch in Familien unterschiedlicher Herkunft, Religions-, Bildungs- und Schichtzugehörigkeit vorkommen.

Dennoch ist es im Rahmen einer objektiven Problemanalyse von entscheidender Bedeutung, auf gruppenspezifische Charakteristika zu schauen. Bei einer solchen Betrachtung stellt sich die Situation türkischstämmiger und/oder muslimischer Frauen in vielen Bereichen ungleich komplizierter dar, als die Situation von Frauen der Mehrheitsgesellschaft.

Als vor mehr als 45 Jahren zahlreiche türkische Familien nach Deutschland immigrierten, waren sie gezwungen, sich in kurzer Zeit an einen radikal veränderten sozialen, kulturellen und ökologischen Kontext anzupassen. Und auch heute noch ist das Leben in der Migration für türkische Familien verbunden mit ganz speziellen Belastungen, die ihren Alltag bestimmen. Dazu gehören nicht selten der ausländerrechtliche Status, Sprach- und Bildungsbarrieren sowie wachsende Arbeitslosigkeit. Schließlich sind Migrantinnen Diskriminierungen in ihren vielfältigen Erscheinungsformen und fremdenfeindlichen Gewaltakten ausgesetzt. Unter anderem bedingt durch diese Faktoren, erleben wir einen zunehmenden Rückzug der Communities aus der Mehrheitsgesellschaft.

Die allgemeine Debatte in Bezug auf die türkische bzw. islamische Frau bewegt sich häufig um Zwangsverheiratung, Ehrenmord, Heiratsmigration, häusliche Gewalt und die Bildungsproblematik ihrer Kinder. Der Öffentliche Blick rückt vor allem ganz bestimmte Gruppen in den Focus, wenn es um Menschenrechtsverletzungen geht. Vor allem betrifft auch Frauen aus der Türkei und/oder Musliminnen.

Wenn man sich einem so riskanten Thema, wie Menschenrechtsverletzungen an Frauen im Allgemeinen und an Migrantinnen im Speziellen zuwendet, befindet man sich auf immer auch auf einer Gratwanderung. Einer Gratwanderung zwischen objektiver Problemanalyse und der Interpretation auf der Grundlage der eigenen - oft sehr subjektiven - Ansichten.

Ein Beispiel für eine einseitige Betrachtungsweise ist die häufig sehr einseitige Darstellung von Migrantinnen in vielen deutschsprachigen Publikationen und in den Medien. Frauen mit türkischem Migrationshintergrund werden oft ausschließlich als "Opfer" dargestellt, als mehrfach diskriminiert und umfassend abhängig. Insbesondere Musliminnen gelten als unterdrückt, unfrei und in ihren Lebenswahlmöglichkeiten eingeschränkt.

Diese Sichtweise ist aus Sicht des TBB nicht geeignet um darauf Präventions- bzw. Interventionsprojekte zu gründen. Diese Sichtweise kann vielmehr sogar dazu führen, dass Communities sich einer Debatte zunehmend mehr verschließen.

d) Nachhaltige Präventions- und Interventionsarbeit

Die dringend notwendige Auseinandersetzung in Bezug auf die Stellung und Gleichstellung der Frau kann nur Erfolg haben, wenn die Communities als Partner/innen einbezogen werden. Dafür benötigen wir den differenzierten Blick, der zwischen der Benachteiligung im Sinne eines westlichen Emanzipationsbegriffs und tatsächlicher Benachteiligung zu unterscheiden vermag.

Dieser differenzierte Blick ist auch erforderlich, wenn wir versuchen, die Ressourcen zu lokalisieren: Auch Ressourcen unterliegen speziellen Bewertungskriterien. Was in einem Zusammenhang als Ressource bewertet wird, kann in einem anderen Zusammenhang bedeutungslos sein oder sogar als schädlich angesehen werden.

Zum Beispiel: In einem Kontext, kann die Familie die Einschränkung der Erfüllung individueller Bedürfnisse bedeuten und in einem anderen eine bedeutende Ressource darstellen. Das Nutzen familiärer Netzwerke kann für junge Migrantinnen eine wichtige Strategie zur Durchsetzung eigener Vorstellungen sein. So können Verwandte häufig eine helfende Funktion einnehmen.

Wichtig ist es auch in der Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund nach in der Vergangenheit effektiv eingesetzten Lösungsmustern zu suchen, um an ihnen anzuknüpfen und dadurch die eigenen Kräfte zu stärken. So werden die Ressourcen und Kompetenzen, die aus der Migrationssituation erwachsen, häufig nicht realisiert. Das Leben in verschiedenen Zusammenhängen, kann ganz besondere Fähigkeiten hervorbringen. Durch ein sensibles und differenziertes Befassen mit der Lebenssituation der Einzelnen können diese Ressourcen erkannt und genutzt werden.

Neben familiären Netzwerken müssen die unterstützenden Funktionen ethnischer Communities berücksichtigt werden. Menschen entwickeln im Laufe ihres Lebens zahlreiche Muster zur Bewältigung ihres Alltags. Sie haben sie in der Regel über lange Zeit erfolgreich angewandt, bevor bestimmte Konfliktkonstellationen eigene Bewältigungskompetenzen überfordern und institutionelle Hilfen notwendig machen.

Dies alles soll auf keinen Fall heißen, dass schwerwiegende Probleme klein geredet werden sollen oder etwa die Verantwortung der Communities in Frage gestellt werden soll. Das soll lediglich

heißen, dass es wichtig ist die aktuellen Positionierungen zu entschärfen und den diskriminierenden Unterton aus der Diskussion zu nehmen. Der bloße Angriff führt nur zum Rückzug und eine Verhärtung der Fronten nützt niemanden. Vielmehr müssen Wege geöffnet, Verbündete gefunden, gemeinsame Projekte angestrengt und das Gespräch stetig weitergeführt werden.

Der Türkische Bund setzt sich für die Annäherung an ein das Selbstbestimmungsmodell ein, das in Deutschland gängig ist. Hierfür richtet der Türkische Bund seine Bemühungen insbesondere in die „eigene“ Community. Besonders wichtig ist dem TBB in diesem Zusammenhang eine klare Positionierung. Dazu gehört, dass sich Migrant*innenorganisationen und große Gruppen der Community aktiv an einem gemeinsamen Präventionskonzept beteiligen. Der Türkische Bund ist der Ansicht, dass jede Präventions- und Interventionsstrategie nur unter bestimmten Bedingungen **NACHHALTIGE** Erfolge sichern kann. Zu den erforderlichen Grundbedingungen für eine erfolgreiche Strategie gehören:

Erfolgskriterien für eine Präventionsstrategie:

1. Jede Aktion muss bereits in der Konzeptionsphase die Communities mit einbeziehen. Der TBB ist der Ansicht, dass keine Präventions- und Interventionsarbeit gelingen kann, ohne die Migrant*innengruppen mit ins Boot zu holen.
2. Erfolgreiche Präventions- und Interventionsarbeit benötigt die Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft. Das heißt, die Mehrheitsgesellschaft muss Migrant*innen als Teil der Gesellschaft anerkennen und das Problem als ein gemeinsames gesamtgesellschaftliches Problem definieren.
3. Ein wichtiges Erfolgskriterium ist auch die Bereitschaft der Communities. Die Communities müssen in der Lage sein Kritik zuzulassen und sich für eine gemeinsame Problemlösungsstrategie zu öffnen. Die Bereitschaft der Communities ist oft abhängig von der Art und Weise der konstruktiven Kritik die ihnen gegenüber geäußert wird und dem Grad der Anerkennung den sie erfahren.
4. Ein weiteres wichtiges Kriterium ist ein umfassendes Empowermentkonzept zu realisieren, das die Zielgruppen in die Lage versetzt sich selbst aktiv für Schicksal einzusetzen. Vor allem müssen Frauen in besonders schwierigen Lebenslagen erreicht und alternative Angebote bereitgestellt werden. Hierzu gehört auch die Absicherung und eventuell Ausweitung der Frauenprojekte.
5. Ebenso wichtig ist auch ein kritischer Blick auf Diskriminierung in der Gesellschaft. Zu Prävention gehört auch Barrieren zu abzubauen, die Frauen den Weg in die Selbstständigkeit versperren könnten. Oft ist dies durch strukturelle Diskriminierung der Fall. Ziel muss es sein strukturelle Diskriminierungsfaktoren zu beseitigen
6. Erfolgreiche Präventions- und Interventionsarbeit gibt es nicht zum Nulltarif. Ohne den politischen Willen und ohne ausreichende finanzielle Ausstattung geht es nicht.

e) Erste Schritte in die richtige Richtung

Inzwischen hat sich allerdings auch einiges bewegt. Trotz allem wurde inzwischen eine neue Qualität in der Problemdebatte erreicht. Weite Teile der türkischen Community sind aufgewacht. Es wird leidenschaftlich über Themen gesprochen über die sehr lange gar nicht gesprochen worden war. Nicht zuletzt auch durch den Ärger und durch das Bedürfnis sich gegenüber bestimmten Gruppen abzugrenzen ist eine lebhaftere Auseinandersetzung in Gang gekommen.

Diese Bewegung ist auch bei Migrant/innenorganisationen zu beobachten, die in der Vergangenheit noch nie zu diesen Themen hörbar geworden waren. Plötzlich zeigen viele die Bereitschaft eine öffentliche Kampagne mit anzuschließen und rufen „Null Toleranz gegenüber der Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Frau!“

Der TBB ist der Ansicht, dass diese wichtige Schritte sind. Dies sind erste - wenn auch noch sehr kleine – Erfolge.

Auf diesen kleinen Schritten muss die zukünftige Strategie aufbauen. Dazu gehört, diese neue Sensibilisierung in den Communities wahrzunehmen und anzuerkennen. Das bedeutet vor allem, nicht mehr mit Schuldzuweisungen zu arbeiten, sondern dieses Potential mitzunehmen in den weiteren Prozess. Dafür müssen Mehrheits- und Minderheitengesellschaft gleichmaßen bereit sein Verantwortung zu übernehmen und den gemeinsamen Prozess zu gestalten.

Aktivitäten des TBB zum Politikbereich

Kooperationsveranstaltungen:

04.11.2005 Fachtagung FES und TBB zum Thema
„Verliebt, verlobt, verheiratet – Prävention gegen Zwangsverheiratung“

Teilnahme und Mitwirkung an den Veranstaltungen:

04.10.2004 FES: Lieber sterben als heiraten
Zwangsverheiratete Frauen und Mädchen in Deutschland
22.02.2006 FES: Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen
26.04.2006 FES: Gibt es das noch – Typisch Türkin?
29.08.2006 FES: Männliche Sozialisation und Gewalt“
06./07.12.2006 BAGEISA: Interkulturelle Mädchenarbeit – Eine Zukunftsaufgabe

6. Antidiskriminierungsarbeit

a) Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Am 18. August 2006 trat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft. Nach knapp 3 Jahren setzt die Bundesrepublik Deutschland nun endlich vier EU-Richtlinien gegen Diskriminierung als eines der letzten EU-Staaten in nationales Recht um. Die Richtlinien stellen dabei Mindestanforderungen dar. Der Europäische Gerichtshof hatte Deutschland bereits wegen Nichteinhaltung der Umsetzungsfristen verurteilt.

Das AGG soll Menschen im Bereich der Beschäftigung und des Berufs sowie beim Zugang zu Dienstleistungen und öffentlich angebotenen Gütern (inkl. Wohnungsmarkt) vor Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft, sexuellen Identität, Religion, des Geschlechts, Alters und einer Behinderung vor Diskriminierung schützen. Betroffene können jetzt gegen ihre erlebte Diskriminierung sowohl arbeitsrechtliche als auch zivilrechtliche Schritte einleiten.

Zu kritisieren ist jedoch, dass das AGG an einigen - insbesondere für Betroffene relevanten - Stellen, entweder weit hinter den EU-Richtlinien zurück bleibt oder diesen in keiner Weise gerecht wird. Beispiele:

- **Bei den Ausnahmeregelungen, wie bei der Vermietung von Wohnraum:** Vermieter dürfen in Zukunft auch weiterhin aufgrund der (zugeschriebenen) ethnischen Herkunft diskriminieren, wenn sie sich auf eine soziale und kulturelle Ausgewogenheit der Mieterstruktur beziehen. Diese Ausnahme ist nicht durch die Richtlinie abgedeckt. Im Gegenteil, gerade die nun zulässige unterschiedliche Behandlung bei der Vermietung von

Wohnraum stellt in ihrer Auswirkung eine rassistische Diskriminierung dar, die nun durch das Gesetz legitimiert wird.

- **Bei der Fristsetzung von 2 Monaten, um Entschädigungs- oder Schadensersatzansprüche geltend zu machen:** Weder ist diese Fristsetzung im Sinne der Betroffenen, noch ist sie konform mit den Richtlinien, die eine Schlechterstellung des geltenden Rechtes verbietet.
- **Durch die Vernachlässigung von sexueller Belästigung und des Viktimisierungsschutzes:** Auch hier fordern die Richtlinien, dass Menschen, die gegen eine Diskriminierung vorgehen, sei es als betroffene Person oder als Zeugin oder Zeuge, geschützt werden. Ferner fordert die sog. Genderrichtlinie einen Schutz vor sexueller Belästigung auch im Zivilrecht.
- **Bei der Sanktionierung:** Im Sinne der EU Richtlinien müssen die Sanktionen nicht nur angemessen, sondern auch wirksam und abschreckend sein. Ob die Regelungen des AGG tatsächlich wirksam und abschreckend sind, ist zu bezweifeln.

Ferner ist zu kritisieren, dass die Bundesregierung trotz heftiger Kritik von Seiten der Betroffenenverbände am **Begriff der „Rasse“** festhält. Auch die **Vernachlässigung der Merkmale Staatsangehörigkeit und Sprache** beim Diskriminierungsschutz, sowie der nicht nachvollziehbare, unterschiedliche Diskriminierungsschutz im zivilrechtlichen Teil, der klar zu einer **Hierarchisierung der Diskriminierungsmerkmale** beiträgt, sind zu kritisieren. Auf Unverständnis trifft auch die Ausnahmeregelung für die Kirchen. Während im arbeitsrechtlichen Teil Diskriminierungen untersagt sind, wenn die diskriminierende Person nur ein Diskriminierungsmerkmal annimmt, muss im zivilrechtlichen Teil das Diskriminierungsmerkmal auch tatsächlich vorliegen. Diese Inkonsistenz stellt ein **Einfallstor für Diskriminierung** dar und verhindert einen effektiven Schutz für all jene, die aufgrund äußerlicher Merkmale bestimmten Gruppen zugeordnet werden.

Weiter ist die vorgesehene **Verbandsbeteiligung** von Antidiskriminierungsverbänden als Beistände zu kritisieren. Die Praxis zeigt, dass sich eine **„echte“ Verbandsklage**, wie im Verbraucherschutz oder beim Behindertengleichstellungsgesetz, bewährt und auch wirkungsvoll ist, insbesondere um gegen mittelbare Diskriminierungen vorgehen zu können.

b) Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB)

Seit der Gründung des Antidiskriminierungsnetzwerkes Berlin am 16. Juli 2003 leistet das ADNB des TBB durch seine Arbeit einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag, indem es sowohl politisch als auch zivilgesellschaftlich tätig wird. Das ADNB des TBB wird im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit des Senats von Berlin gefördert.

Seine Ausrichtung der Antidiskriminierungsarbeit ist sowohl auf regionaler, nationaler als auch europäischer Ebene neu und innovativ. Die Verbindung und Verzahnung der drei Schwerpunktbereiche des ADNB des TBB unter Berücksichtigung der Mehrfachdiskriminierung erweist sich nicht nur als sinnvoll, sondern als geeignet auch in Zukunft Akzente in der Antidiskriminierungsarbeit zu setzen. Zu den drei Schwerpunktbereichen des ADNB des TBB gehören: (1) Vernetzung, (2) Beratung, Intervention und Prävention und (3) Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Vernetzung:

Die Förderung von Gleichbehandlung, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die Beratung der von Diskriminierung Betroffenen und deren Unterstützung gehören zu den Zielen und Aufgaben des ADNB des TBB. Mitgetragen werden diese Ziele durch zwei vom ADNB des TBB initiierte Netzwerke in Berlin: (1) das Beratungsnetzwerk gegen Diskriminierung und Rassismus, ein breites Bündnis

von Berliner Beratungsstellen und -projekten und nun auch durch (2) das Berliner Netzwerk von Anwältinnen und Anwälte gegen Diskriminierung.

Beratung:

Das ADNB des TBB hat eine spezialisierte Beratungsstelle – Beratungsstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung - eingerichtet, an die sich Menschen mit Migrationshintergrund sowie Schwarze Menschen wenden können, wenn sie aufgrund ihrer (zugeschriebenen) Herkunft, Sprache, Hautfarbe, sexuellen Identität, Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechtes, Alters und/oder eine Behinderung diskriminiert worden sind. Über die ADNB eigene Homepage können Betroffene sowie Zeug/innen ebenfalls online einen Diskriminierung melden.

Ferner berät und begleitet das ADNB des TBB das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg bei der Umsetzung von Maßnahmen gegen demokratiegefährdende Phänomene.

Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit:

Neben regelmäßig stattfindenden Seminaren und Trainings, hat das ADNB des TBB Veranstaltungen zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen organisiert wie z.B. zu Mehrfachdiskriminierung, Antisemitismus, Islamophobie, strukturelle und institutionelle Diskriminierung sowie zum Allg. Gleichbehandlungsgesetz.

Das ADNB des TBB hat mit Unterstützung des Migrationsrates Berlin-Brandenburg ferner eine Umfrage unter Berliner/innen mit Migrationshintergrund zu ihren Diskriminierungserfahrungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind zusammen mit einer Übersicht an Diskriminierungsmeldungen und Fallbeispielen in der ADNB- Publikation Antidiskriminierungsreport Berlin 2003-2005 zu finden. Weitere Publikationen des ADNB des TBB sind u.a. die zweite und aktualisierte Auflage des Beratungsführers Wege zur Beratung mit einer Kontaktliste des Berliner Netzwerks von Anwältinnen und Anwälte gegen Diskriminierung, Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft, Islamophobie etc.

Dank einer sehr guten und breiten Zusammenarbeit mit vielen in Berlin tätigen Organisationen, Beratungsstellen und Institutionen hat der zuvor oft vernachlässigte Themenbereich der Antidiskriminierungsarbeit nun deutlich Einzug in die sozialen und gesellschaftspolitischen Bereiche gefunden.

7. Kontakte zu den Dachverbänden

a) Türkische Gemeinde in Deutschland

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg ist Gründungsmitglied der Türkischen Gemeinde in Deutschland. In allen Jahren ist der TBB sowohl im geschäftsführenden Bundesvorstand als auch im Bundesvorstand stets vertreten. Auf dem Bundeskongress 2004 gab es eine Auseinandersetzung, die dann durch einen Kompromiss aus der Welt geschaffen wurde. Daraufhin haben unsere Kandidaten in den Bundesvorstand gewählt worden. Sie übernahmen dort wichtige Funktionen. Im Oktober 2005 hat der langjährige Bundesvorsitzende der TGD, Prof. Dr. Hakki Keskin sein Amt niedergelegt, nachdem er in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Auf der Vertreteratssitzung wurde Kenan Kolat zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Auf dem ordentlichen Bundeskongress wurde Kenan Kolat als Bundesvorsitzender bestätigt. Hilmi Kaya Turan wurde sein Stellvertreter. Im Bundesvorstand sind mit Eren Ünsal, Cumali Kangal, Alisan Genç und Berrin Alpbek der TBB gut vertreten.

b) Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB)

Nach einer langen Vorbereitungsphase ist der Migrationsrat Berlin-Brandenburg mit 47 Vereinen gegründet worden. Inzwischen ist die Zahl der Mitgliedsvereine auf 65 gestiegen. Der TBB hat sich von Anfang an aktiv am Prozess der Entstehung des Migrationsrates beteiligt. Mit der Gründung

des neuen Dachverbandes ist dem langjährigen Bedarf nach einer herkunftslandübergreifenden Interessenvertretung in Berlin endlich Rechnung getragen worden. Der TBB stellt eine der Sprecher/innen des MRBB.

8. Medienpolitik

a) Allgemein

Die bereits seit langem bestehenden guten Kontakte zu den türkischen und deutschen Medien sind auch in dieser Amtsperiode weiterhin ausgebaut worden. Das Interesse der türkischen und deutschen Medien an den Positionen, Meinungen und an der Arbeit des TBB steigt stetig an. Vertreter/innen des TBB sind für diese Medien zur ersten Adresse bei Migrations- und Integrationsfragen geworden. Das bietet dem TBB immer öfter die Möglichkeit, eine immer breitere Öffentlichkeit zu erreichen und die Verbandsziele zu vermitteln. Mit TRT-International wurden fruchtbare Kontakte entwickelt. Im Türkisch-Deutschen-Fernsehen (TD1) gestalten Experten des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg regelmäßig Informationssendungen.

b) <http://www.tbb-berlin.de>

Seit Herbst 2002 läuft die Web-Site des TBB. Sie erhält einerseits Informationen über den TBB, dessen Projekte und Aktivitäten, sowie über die Mitgliedsvereine. Andererseits stehen Informationen über verschiedene Aspekte der Einwanderung und Migration zur Verfügung.

Der TBB-Newsletter wird an über 1.500 Personen verschickt.

Durchschnittlich wird die Web-Site von täglich 60 Personen angeklickt. Durch einen gesteigerten Bekanntheitsgrad und weitere Entwicklung der Inhalte wird die Sponsoring und Werbefähigkeit der Webseite angestrebt.

9. Sportpolitik

Die Sportpolitik ist grundsätzlich nicht ein Aufgabenfeld des TBB, sondern seiner Mitgliedsorganisation, dem Türkischen Sportzentrum. Jedes Jahr wird der Atatürk Fußball Pokal Berlin organisiert, in gewissen Zeitabständen werden aus der Türkei der Vorsitzende des Fußball Bundes sowie die Trainer der Fußballnationalmannschaften nach Berlin zu einem Treffen mit den Verantwortlichen der Vereine in Berlin eingeladen. Außerdem haben wir die Wahl des ersten türkeistämmigen Mitglieds in Vorstand des Berliner Fußballbundes unterstützt.

Um zu verhindern, dass unsere Jugendlichen insbesondere im Sommer in die Türkei fahren und unrealistischen Karriere träumen hinterher jagen, haben wir bekannte Trainer aus der Türkei eingeladen und Seminare für die Jugendlichen durchgeführt.

Wir haben das Symposium "Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung im Fußball", an dem renommierte Fußballfachleute teilgenommen haben, moderiert.

Zur Unterstützung eines bei einem Verkehrsunfall schwer verletzten griechischstämmigen Jugendlichen haben wir mit der Griechischen Gemeinde in Berlin ein Fußballturnier organisiert und so unsere Beziehungen vertieft.

Gemeinsam mit unserem Dachverband, der Türkischen Gemeinde in Deutschland, haben wir ein Treffen mit den Verantwortlichen des Deutschen Olympischen Komitees und des Berliner Sportbundes organisiert, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit besprochen. Auch mit dem Vorsitzenden des Deutschen Fußballbundes haben wir die gleiche Frage besprochen und eine gemeinsame Tagung mit Vertretern aller türkischen Fußballvereine in der Bundesrepublik vereinbart. Wir hoffen, dieses Treffen im laufenden Jahr zu realisieren.

Der verbindende Charakter des Sports hat sich auch in unseren Beziehungen zur Türkischen Gemeinde zu Berlin gezeigt. Da unser Mitgliedsverein, das Türkische Sportzentrum, auch Mitglied der Türkischen Gemeinde ist, hat die Vorstände beider Dachverbände näher gebracht.

III. Organisationsentwicklung

1. Mitgliederpolitik

Die Basisarbeit und die Kontakte mit den Mitgliedsvereinen gehören zu den wichtigsten Zielen des Türkischen Bundes. Eine herausragende Eigenschaft von Interessenvertretungen muss sein, dass die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen Dach und Basis rege und beständig erfolgt.

Im Berichtszeitraum wurden der Karadeniz Umweltverein und das Berliner Ensemble für klassische türkische Musik e.V. Mitglied im TBB. Der Antrag des Tokat-Der wird auf der nächsten Vertreteratsitzung beschieden. Somit erhöht sich die Zahl der Mitgliedsvereine auf 24.

Der Vorstand ist der Meinung, dass die Gewinnung von neuen Mitgliedern große Sorgfalt erfordert. Wir müssen Mitglieder werben, die die Prinzipien und die Arbeitsweise des TBB nachvollziehen und akzeptieren können bzw. wollen. Der Vorstand wird nach der Wahl eine neue Initiative für neue Einzelmitglieder starten. Die Vorarbeiten sind bereits gemacht worden.

2. Kontakte zu den Mitgliedern

Im Berichtszeitraum haben wir regen Kontakt zu den Mitgliedsvereinen gehabt. Es wurden insgesamt 6 Vertreteratsitzungen durchgeführt, unsere Mitgliedsvereine über die Entwicklungen informiert. Mitgliedsvereine, die eigene Website haben, sind auf unserer Homepage verlinkt worden. Die Aktivitäten unserer Mitgliedsvereine sind über unseren Newsletter an Interessierte weitergeleitet worden. Einige Vereine haben die Infrastruktur des TBB benutzt; z.B. durch Weitergabe von Presseerklärungen oder Veranstaltungshinweise über den TBB-Fax und/oder Mailverteiler.

3. Beschäftigte

2005-2006 waren in den verschiedenen Projekten des TBB insgesamt 20 Personen beschäftigt, überwiegend mit Zuwendungsabhängigen befristeten Arbeitsverträgen bzw. auf ABM oder MAE-Basis. Diese Situation bürdet naturgemäß dem Vorstand die Verantwortung auf, sich für die weitere Beschäftigung dieser Mitarbeiter/innen zu verwenden.

Die Erfolge der Projekte sind der engagierten Arbeit dieser Mitarbeiter/innen geschuldet, wofür der Vorstand an dieser Stelle seinen ausdrücklichen Dank aussprechen möchte.

IV. Finanzen

1. Finanzierung der Projekte

a) Zentrum für Integration, Beratung und Partizipation

Seit 1.12.1992 erhält der TBB eine Zuwendung von der Integrationsbeauftragten des Senats. Trotz der in den letzten Jahren erfolgten Kürzungen werden die allgemeine Koordination, die

Entwicklung weiterer Projekte, die Beratung und die Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten finanziert.

b) Bildungswerk des TBB

Bildung ist ein wichtiges Feld für den TBB. Das Bildungswerk bearbeitet die Bereiche politische Bildungsseminare, Existenzgründungskurse und die neu eingerichteten Integrationskurse.

c) MOVE – Motivieren und Vermitteln

Das alte IBB-Projekt läuft seit 1.1.2005 als ein neues und gemeinsames Projekt der Senatsverwaltung für Arbeit, der Jobcenter und der Jugendämter Friedrichshain-Kreuzberg, Tempelhof-Schöneberg und Neukölln mit einem großen Erfolg weiter.

d) IKB – Interkulturelle Berufsberatung

Seit 1.7.2005 läuft das neue Equalprojekt unter der Federführung von Kumulus Plus, das sich an arbeitslose und arbeitssuchende Personen ab 24 Jahren richtet.

e) BEL – Berliner Elternlotsenprojekt

Das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanzierte Projekt zielt die Erhöhung der Elternbeteiligung an der Hedwig-Dohm-Oberschule. Das Projekt begann 17.11.2005 und endete 16.11.2006. Wir sind zurzeit bemüht, durch ein Folgeprojekt die erfolgreiche Arbeit weiterzuführen.

f) MAE

Erstmals in 2006 haben wir 2 MAE-Projekte mit je 25 Personen in den Bereichen Interkulturell Helfen und Sport durchgeführt. Seit 1.3.2007 läuft eine einjährige Maßnahmen im Sportbereich mit 25 Teilnehmern. Wir sind bemüht, weitere Maßnahmen auch von anderen Jobcentern zu bekommen.

g) EU-Projekte

Im Berichtszeitraum haben wir 4 EU-Projekte angefangen bzw. durchgeführt. Im Rahmen des **EU-Informationsprojektes** haben wir eine Reihe von 10 Veranstaltungen durchgeführt, an denen die EU-Frage der Türkei diskutiert wurde. 2006 haben wir eine **Valorisierungskonferenz** veranstaltet, an der sich bewährte Projekte aus dem EU-Raum zur besseren Eingliederung der Migrant*innen vorgestellt haben. Mit dem Projekt **FUTURE** versuchen wir eine Analyse in den 5 EU-Ländern zu machen, wie diese die Partizipation von jugendlichen Migranten in den Bereichen Arbeit, Ausbildung und Kultur vorantreiben geht. In einem weiteren EU-Projekt geht es um die gesundheitliche Situation von Migranten. Das Projekt trägt den Namen **Pro Health**.

2. Finanzstruktur des TBB

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg erhält Zuwendungen für seine Projekte. Diese Zuwendungen sind zweckgebunden. Die finanziellen Ressourcen des TBB andere Aktivitäten und Dienstleistungen sind begrenzt. Für diese Zwecke sind die Beitragszahlungen der Mitglieder sowie Sponsoren notwendig. Außerdem müssen die jährlich steigenden Eigenbeiträge für bestimmte Zuwendungen (z.B. ein Eigenanteil von 20 % für das Zentrum für Integration, Beratung und Partizipation) erwirtschaftet werden. Da anzunehmen ist, dass die Zuwendungsgeber voraussichtlich den Eigenanteil zukünftig höher ansetzen werden, müssen dringend neue Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden.

V. Perspektiven

1. Die zukünftige Arbeit des TBB

TBB ist die überparteiliche Interessenvertretung der türkischen Community in Berlin. Seit der Gründung am 1. Dezember 1991 ist sein Ansehen stetig gestiegen und heute ist der TBB Ansprechpartner offizieller Kreise. Die Aufgabe, die Probleme, Ansichten und Forderungen der türkischen Community in die Mehrheitsgesellschaft einzubringen, erfüllt der TBB gut.

In der eigenen Community müssen die Fragen und Probleme der Integration sowie der Selbstkritik intensiver diskutiert werden. Die Zusammensetzung unsere Community ändert bzw. verbreitet sich: Arbeiter und Angestellte, Kunstschaffende, Unternehmer, Akademiker (Wissenschaftler, Ärzte, Sozialberater), Studierende. Die Kontakte zu diesen Schichten müssen intensiviert werden. Ein erster Schritt mit der Gründung des TBB-Wissenschafts- und TBB-Rechtforums gemacht worden.

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg ist ein Dachverband, keine Basisorganisation. Die Basis sind die Mitglieder der Mitgliedsverbände. Unser Kontakt zu der Basis und den Funktionären der Mitgliedsverbände ist unbefriedigend. Dies liegt nicht alleine am TBB-Vorstand, sondern auch in den Strukturen. Der im Jahr vier Mal tagende Vertreterrat ist das einzige Gremium, wo die Politik des TBB besprochen wird. Hier müssen neue Wege gegangen werden.

2. Der TBB muss in der Community ein Unterstützungs- und Solidaritätsnetz aufbauen

Um die Kontakte mit den dynamischen und einflussreichen Teilen der Community zu vertiefen und langfristig zu sichern, müssen mit "Multiplikatoren" institutionalisierte Kontakte gepflegt werden.

- Um die unterschiedlichen Schichten der Community zu erreichen, sollten zeitlich begrenzte Fachprojektgruppen eingesetzt werden, die auch die TBB-Gremien inhaltlich unterstützen.
- Die Bildungsarbeit muss gesteigert werden
Die Sachkompetenz der TBB-Mitglieder ist wichtig zur Weiterentwicklung und Verbreitung unserer Positionen. Deshalb sollten regelmäßig Seminare durchgeführt und Kurse für Neumitglieder angeboten werden.
- Weiterentwicklung der Kontakte zu den Mitgliedern und zur Community
Auch in der eigenen Community breitet sich das Internet aus, deshalb ist es an der Zeit, hier vordringlich professionell zu arbeiten. Der Informationsfluss über das Netz muss gewährleistet werden, Interaktivität ist besonders wichtig. Falls finanziell machbar, sollte ein Intranetsystem für den gesamten Verband installiert werden.
- Die junge Generation muss durch den TBB unterstützt werden. Für die zukünftige Existenz des TBB ist es lebenswichtig, dass die Positionen in Kommunikation mit den nachwachsenden Generationen weiterentwickelt werden. Nur so können jüngere motiviert werden, im TBB mitzuarbeiten und Verantwortung zu übernehmen.

Der TBB hat sich in der Öffentlichkeit Respekt verschafft. Der steigende Einfluss in der eigenen Community führt auch zu entsprechenden Reaktionen. Um seine Position zu halten und auszubauen, muss der TBB neue Strategien entwickeln.

Struktur des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg

Vorstand

- 3 gleichberechtigte Sprecher/innen
- Kassenwart/in
- Beisitzer/innen

Vertreterrat

- Vorstand
- Vorstandsmitglieder der jeweils vorhergegangenen Periode
- Vorsitzende der Mitgliedervereine
- Sprecher/innen der Personengruppen

Delegiertenversammlung

- Delegierte der Mitgliedsvereine
- Delegierte der Personengruppen

Mitglieder des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg

Juristische Personen

1. Bahadın Solidaritätsverein Berlin (BAHADIN-DER)
2. Bengi Türkisches Folklorenzentrum (TÜHABİLİM)
3. Berliner Ensemble für klassische türkische Musik
4. Birikim Kulturzentrum
5. BSV Hürriyet
6. Bund Türkischsprachiger Fachkräfte im Sozial- und Gesundheitswesen
7. Deutsch-Türkisches Akademiker-Forum (DeTAF)
8. FC Göztepe
9. Freunde der deutsch-türkischen Europaschule Kreuzberg
10. Hilfs- und Solidaritätsverein für Rentner, Behinderte und Senioren (EM-DER)
11. Interkulturelle Sozialdemokraten (IS)
12. Karadeniz Kulturverein
13. KSF Umutspor
14. Schwarzmeer Natur- und Umweltverein
15. SG Anadoluspor MG
16. Stimme der Kulturen (SdK)
17. Türkei-Zentrum
18. Türkischer Elternverein in Berlin-Brandenburg
19. Türkischer Frauenverein Berlin (BTKB)
20. Türkischer Kulturrat in Berlin (BTK)
21. Türkisches Sportbegegnungszentrum
22. Türkisches Wissenschafts- und Technologiezentrum (BTBTM)
23. Verein der türkischen Reiseagenturen Berlin (BETÜSAB)
24. Tokat und Umgebung zeitgenössischer demokratischer Verein (Mitgliedschaft beantragt)

Natürliche Personen

- Personengruppe: Gewerkschaftsfunktionäre
- Personengruppe: Sonstige natürliche Personen